

3

Tage bis zur Verabschiedung des GKV- Beitragssatzstabilisierungsgesetzes: DPR nimmt Reformpolitik insgesamt in den Fokus

Das Pflegebudget wird begrenzt. Personalabbau kehrt zurück.

#PflegerImFreienFall #DeutschlandWelchePflegeWillstDu?



Die Bundesregierung will

das Pflegebudget begrenzen. Tarifsteigerungen nur teilweise refinanzieren. Grundlohnrate einführen. Mehrkosten deckeln. Mindestvorgaben finanzieren statt tatsächlichen Pflegepersonalbedarf. Personal per Generalklausel verlangen.



Das bedeutet

Pflege und Hebammen werden erneut zum Sparposten. Planungssicherheit fehlt. Personalaufbau wird blockiert. Stellen werden nicht nachbesetzt. Arbeit unter Zeitdruck. Krankenhäuser sollen bedarfsgerecht besetzen, bekommen aber nur das Mindestmaß finanziert. Personalabbau kehrt zurück. Folgen tragen Patient:innen und Mitarbeitende.



Gesetze zusammen denken

GKV-Beitragssatzstabilisierung, Pflegeneuordnung, Notfallversorgung, Primärversorgung: Nicht isoliert betrachten! Eine Versorgungslogik! Profession Pflege als Lösung: Kompetenzen/ Verantwortung geben und diese besser verteilen. Versorgungsqualität und -sicherheit als Maßstab!



Über den Deutschen Pflegerat

25 Verbände und Organisationen: Pflege, Hebammenwesen und Wissenschaft. Maßgebliche Organisation der Pflegeberufe auf Bundesebene. Vertretung der Interessen von 1,7 Millionen Beschäftigten. Ziel: Nachhaltige, qualitätsorientierte Versorgung.



Der DPR fordert

Pflegebudget bedarfsgerecht erhalten und weiterentwickeln. Tatsächliche Mehrkosten und Tarifsteigerungen vollständig finanzieren. Pflegepersonalbedarf statt Mindestmaß finanzieren. Pflegebudget und bedarfsgerechte Personalbemessung zusammendenken. Neue Berufsrollen finanzieren.



Mehr dazu

[DPR Expert:innenpapier](#) Pflegebudget als lernendes System
[DPR Positionspapier](#) Pflegebudget weiterentwickeln
[DPR Stellungnahme](#) zum GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz

Deutscher Pflegerat e.V.
Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege-
und Hebammenwesen

www.deutscher-pflegerat.de